

BÜCHER ÜBER INTERNATIONALE POLITIK

Rupert Neudeck

Weltpolitik nach 1989. Globalhegemonie und neue Mittelmächte

■ Egon Bahr, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, Karl Blessing Verlag, München 2003, 155 Seiten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges ist alles ganz anders. Die Geschlossenheit der alten atlantischen Welt ist nicht mehr wiederherstellbar. Amerika will sie nicht mehr, „es sei denn zu seinen Bedingungen“. Der Austausch zwischen den Primadonnen über Vorstellungen, Missverständnisse, Verdächtigungen, Fehler und Entschuldigungen ist psychologisch erklärbar, aber sinnlos. Denn Europa will nicht Amerika dominieren, es will nur anders sein. „Kein demütiger Hilfswilliger, sondern ebenbürtig. Europa kann die Herausforderung durch Amerika nicht leugnen. Es kann nicht tun, als gäbe es sie nicht“. Das schreibt der kleine Kissinger Europas, der leider zu alt ist, um nochmals eine Position mit politischem Einfluss zu haben. Europa, so ist die Basis und der Kern der Argumentation Egon Bahrs, soll sich nicht Amerika an-dienen, sondern seine eigene Uneinholbarkeit finden.

Europa kann den USA auf militärischem Gebiet nicht Paroli bieten. Die USA geben täglich eine Milliarde Dollar für militärische Zwecke aus, davon 160 Millionen für Forschung. Die moderne Waffen-Technik steht nicht zum Verkauf.

Es gibt nichts mehr, was von der Welt der geteilten Blöcke galt. Damals ging es um Nachrüstung. Wer mehr hat, muss mehr nachrüsten, wurde den Sowjets gesagt. Heute würde damit niemand mehr ernst genommen. In der gegenwärtigen Welt gilt das Überge-wicht, wie es Washington sich verordnet. Bahr: „Ver-handlungen darüber finden nicht statt. Aber wo steht eigentlich geschrieben, dass Europa auch aufrüsten

muss, mithalten muss über jedes Maß hinaus, das seine eigenen Sicherheitsinteressen verlangen?“

Bahr hat das alles auch positiv für die Europäer formuliert, die er gebieterisch zu der Bildung einer Europäischen Armee auffordert, damit die USA uns das nicht wieder mit ihrem Instrument, der NATO, unmöglich machen. Die osteuropäischen Staaten müssen erkennen, dass es wichtiger ist, der EU anzugehören als der NATO.

Es wäre also logisch, noch einmal Bahr, „das amerikanische Programm der Großen Abschreckung mit einem europäischen großen Programm Ziviler Fortschritt zu beantworten“.

Wir ahnen, dass es in der zerbrochenen Partnerschaft besser werden könnte, wenn es wieder eine andere Administration geben würde. Schon die „verkannte Präsidentschaft Bill Clintons“ gab den Europäern wenigstens das klare Bewusstsein, dass sie Partner sind. Wenn man sich noch einmal vergegenwärtigt, wie Richard Holbrooke bei seinen Balkanverhandlungen die Europäer als seine Partner immer ernst genommen hat, dann wird das ganze Ausmaß der Vernachlässigung deutlich, das die US-Administration im Irak und in Afghanistan den Europäern gegenüber an den Tag legt.

Das Buch von Joe Klein macht deutlich, welche typisch demokratischen Stärken und welche Schwächen diese Administration aufzuweisen hatte. Es ist jetzt genauso spannend, die Einschätzungen des früheren Präsidenten zu lesen wie die der First Lady, die es ja noch einmal schaffen kann. Sie vertrat ihre politische Meinung meistens nicht sehr diplomatisch. Ihr methodistischer Dogmatismus führte zu einer desaströsen Unbeweglichkeit in der Frage der Krankenversicherung.

Wie stark das Fernsehen und innenpolitische Probleme den Wahlkampf und den Erfolg beherrschen, ist gut ablesbar an dem Fernsehduell zwischen George Bush sr. und Bill Clinton. Am 15. Oktober 1991 in Richmond, Virginia, wurde der Wahlkampf durch die Frage einer Amerikanerin entschieden. „Wie hat sich die Staatsverschuldung auf ihr Leben ausgewirkt? Und: denken Sie, sie hätten ein Heilmittel für die wirtschaftlichen Probleme der einfachen Menschen, wo Sie doch nie erlebt haben, was diese Leute bedrückt?“ George Bush reagiert unsicher: „Ich liebe

■ Joe Klein, *Das Naturtalent. Die verkannte Präsidentschaft Bill Clintons*, Siedler Verlag, Berlin 2003, 223 Seiten.

meine Enkel“. Und er reagiert mit einer Nachfrage. Clinton tut etwas Außerordentliches, er geht drei Schritte auf die Frau zu und sagt: „Wollen Sie mir noch einmal erklären, wie es sich auf Sie ausgewirkt hat. Die drei Schritte waren wichtig: sie gaben Auskunft über sein Mitgefühl, seine Fürsorge, seinen Wunsch, auf die Bedürfnisse der Menschen zu reagieren. Dann ertappt die Kamera Bush noch dabei, wie er auf seine Uhr schaut in dem verzweifelten Wunsch, dieser peinliche Augenblick möge bald vorüber sein.

■ Hillary Clinton,
Living History, Simon and
Schuster, New York 2003,
562 Seiten.

Schnell können wir über ein Buch hinweggehen, das uns aus allen Ladenpassagen und von allen Literaturseiten der Zeitungen, aus dem Fernsehen und von Buchhandlungen entgegenlächelt: *Living History* von der Präsidentengattin und jetzigen Senatorin New Yorks, Hillary Rodham Clinton. Es ist ein unglaublich taktisches Buch geworden, das leider auch ein bisschen zu stark auf der Patriotismus-Welle reitet, die seit dem 11. September 2001 über Amerika hinwegrauscht. Sie hat soviel durch das Schlüsselloch blicken lassen, dass ein mäßiger Voyeursbedarf erfüllt wird. Diese Bedarfsdeckung ist so geschickt, als habe eine Werbeagentur bei der Manuskripterstellung die Hand der Autorin geführt. Sie beschreibt aus ihrer Sicht die acht Jahre der Präsidentschaft Bill Clintons. Sie hat sich in Positur gesetzt, um die Wahlen von 2008 zu gewinnen. Man möchte es ihr zutrauen, zumal dann wohl die Europäer es wieder ein wenig leichter hätten mit einer Administration Hillary Rodham Clinton. Der Auftritt der großen US-Dame in der Fernsehsendung von Sabine Christiansen gab einen Vorgeschmack davon, wie eine Politikerin sich auch anders geben kann als die Eiserne Lady Margaret Thatcher: gewinnend, klar und überzeugend.

■ Gret Haller, *Die Grenzen der Solidarität, Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und Religion*, Aufbau-Verlag, Berlin, 2002, 288 Seiten.

Ein kontroverses, aber frisches und nicht vorsichtiges Buch hat die Schweizer Juristin Gret Haller geschrieben, die Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und 1986 bis 2000 als Ombudsfrau für Menschenrechte der Republik Bosnien-Herzegowina in Sarajevo tätig war. *Die Grenzen der Solidarität* ist der Titel des Buches; es behandelt, nicht ohne Leidenschaft, die Divergenzen zwischen den Staats- und Rechtstraditionen Europas und der USA. Die Vereinigten Staaten haben eine Rechtstradition, die nicht auf Rechtssicherheit geht, sondern auf Export der eigenen Menschenrechte. Sie können

auch nicht akzeptieren, dass das Völkerrecht sich immer mehr zu einer übernationalen Rechtsordnung entwickelt, weil „ihnen das Denken in Rechtsordnungen grundsätzlich viel ferner liegt als den europäischen Staaten.“ Dazu trägt die Entwicklung nach dem Ende des Kalten Krieges erheblich bei, denn nunmehr sind die USA als einzige Supermacht übrig geblieben und sind auch das einzige Land, das sich ein solches Verhalten überhaupt erlauben kann.

Die Schweizer Juristin hat eine ganze Menge von Schnittstellen aufgewiesen, die sich seit der Französischen Revolution im transatlantischen Verkehr zwischen den USA und den Europäern auftun. „Das US-Strafrecht ist viel stärker vom Gedanken der Rache geprägt als das europäische. Im Strafverfahren gibt es vereinfacht gesprochen drei Beteiligte: Der Straftäter, die Anklagebehörde, welche im Namen des Kollektives den Strafanspruch des Staates vertritt. Drittens der durch die Straftat Geschädigte. In der europäischen Tradition steht das geschützte Rechtsgut und der Strafanspruch des Staates im Vordergrund. [...] In den USA hat die geschädigte Partei eine viel größere Rolle. Einerseits kommt darin in Europa mehr der kollektive Aspekt, in den USA der individuelle Aspekt zum Ausdruck. Andererseits zeigt sich in der starken Präsenz des Rachegedankens dieselbe alttestamentliche Komponente, welche bereits im Zusammenhang mit der nationalen Vorstellung vom ‚auserwählten Volk Gottes‘ erwähnt worden ist.“

Die Autorin mokiert sich über die starke US-Präsenz und die harsche Art der US-Amerikaner, Absichten auch mit Ultimaten und Gewalt durchzusetzen. Der Dayton-Friedensvertrag war der beste Beweis dafür, wie unfähig Europa geworden war, den Konflikt auf dem eigenen Kontinent zielstrebig und mit Energie zu lösen. Nach drei Jahren des Verhandelns, des Studierens und des Planens war es für die vier Millionen Bewohner Bosnien-Herzegowinas einfach genug. Die Autorin beschreibt, dass es zu der technischen Teilung in Republika Srpska und der muslimisch-kroatischen Föderation nicht hätte kommen müssen. Und sie betont, dass man im Februar 1993 die Chance verpasst hatte, den Vance-Owen-Plan anzunehmen. Dieser Plan sollte das nationale Denken durch die Schaffung von ethnisch gemischten Kantonen überwinden. Ich halte das für eine pure Il-

lusion. Es gab nicht die geringste Chance, den Vance-Owen-Plan mitten im Krieg zu implementieren. Als der EU-Beauftragte Hans Koschnick so etwas allein in Mostar am 7. Februar 1996 durchsetzen wollte, haben ihn die Ifor-Truppe und die Internationale Polizei aus dem Auto, in dem er fast gelyncht worden wäre, nicht herausgehauen. Diese Kritik kann ich so lange nicht akzeptieren, wie Europa sich, über die Bataillone von Monitoren und Ombudsleuten hinaus, nicht wirksame Instrumente zugelegt hat.

Es gab schon einige Dokumentationen, Untersuchungsberichte und Studien, aber noch keiner hat die Verantwortlichkeiten vor und während des Völkermordes in Ruanda so dargestellt wie der Afrika-Beauftragte der US-amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Es verschlägt dem Zeitgenossen immer noch die Sprache, wie klar es den Verantwortlichen der UNO in den Wochen vor dem Völkermord klar war, dass es zu einer Katastrophe kommen würde.

Ganz besonders deutlich wird die Rolle der Franzosen, die bis zum Schluss die Kräfte, die den Massenmord vorbereiteten, unterstützt und gestärkt haben. So wird in dem Bericht vermerkt: Am 21. auf den 22. Januar landete in der Nacht insgeheim eine französische DC-8 mit einer Ladung Waffen, darunter 90 Kisten mit 66-mm-Mörsern, die in Belgien hergestellt, aber aus Frankreich verschickt worden waren. Die Unamir entdeckte die Lieferung, die gegen die Bestimmungen des Arusha-Abkommens verstieß, und stellte die Waffen unter die gemeinsame Bewachung von Unamir und Ruandischer Armee. Mitte Februar beantragte der ruandische Verteidigungsminister die Landeerlaubnis für drei Flugzeuge, die Waffen transportierten. Am 21. Februar 1994 wurde Félicien Gatabazi ermordet, der Minister für öffentliche Arbeiten und Vorsitzende der versöhnlichen Partei PSD. Kurz vorher hatte es den Versuch eines Attentats auf den designierten Premierminister Twagiramungu gegeben. Einer seiner Leibwächter wurde dabei getötet.

Die Signale waren alle da, die belgischen Blauhelme hatten einen Zubringer und ein U-Boot bei den Interahamwe-Milizen mit dem Decknamen Jean Pierre, der den belgischen UNAMIR-Offizieren ein gefülltes Waffenlager zeigte. Das waren Waffen, die die

■ Alison des Forges,
Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda (amerikanisches Original: *Leave none to tell the story. Genocide in Rwanda*, 1999), Hamburger Edition HIS Verlagsgesellschaft, Hamburg 2002, 947 Seiten.

ruandische Armee an die Milizen geliefert habe und dort fand auch die Ausbildung der künftigen Massenmörder statt. Diese Informationen wurden dem UNO-Generalsekretär übermittelt. Man bat zugleich um Schutz für Jean Pierre und dessen Familie. Jean Pierre hatte, wie er erklärte, geglaubt, die Interahamwe – so hieß die spätere Völkermordmiliz – sei zur Verteidigung Kigalis gegen die Tutsi-Streitmacht RPF aufgestellt worden. Doch seit dem Eintreffen der UNAMIR-Truppe in Kigali habe man befohlen, Listen mit in Kigali lebenden Tutsi aufzustellen.

Am 11. Januar heißt es in einem Bericht der UNAMIR an den Sicherheitsrat: „Der Informant berichtet, er sei mit der Vernichtung der Tutsi nicht einverstanden. Er unterstützt die Opposition gegen die RPF. Kann aber das Töten unschuldiger Menschen nicht unterstützen.“ Am 12. Januar wird das Ersuchen um eine Erweiterung des Mandats klar abgelehnt. Iqbal Riza schreibt im Auftrag Kofi Annans: Das Mandat der UNAMIR erlaube nicht die geplante Operation gegen die Waffenverstecke. Man solle die Informationen mit Präsident Habyarimana und den Botschaf-tern Belgiens, Frankreichs und der USA besprechen.

Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs, Jacques Roger Booh-Booh, und Romeo Dallaire bekamen daraufhin einen Termin beim Präsidenten – der schon in zwei Monaten tot sein wird. Die Reaktionen bei diesem Gespräch deuteten darauf hin, dass der Präsident angesichts der Informationen, die der UNAMIR in so kurzer Zeit schon zur Verfügung standen, bestürzt war. Man soll daraufhin angeordnet haben, die Verteilung der Waffen zu beschleunigen.

Das Buch macht deutlich, dass Völkermorde zwar ihre Basis in einer dazu bereiten Bevölkerung haben, aber dass sie auch von ganz oben beschlossen und gegen Widerstand durchgesetzt werden müssen. So verharrten die Präfekten von Gitarama und von Butare bei ihrem Widerstand gegen diese Aktionen. Immer, wo ein Präfekt Widerstand übte, waren es auch ganz viele Bürgermeister, die mitmachten. Und wo sich Widerstand bildete, kamen auch die wenigen zusammen, die den Widerstand unterstützen. So kam der P. André Sibomana, einer der Intellektuellen des Landes, nach Gitarama, um den Präfekten zu unterstützen. Das Buch macht in seiner Gründlichkeit deutlich, dass die Hauptwucht der großen Vernich-

tungsaktionen schon in den drei Wochen bis zum Ende Mai geschahen. Während die Milizen 5000 bis 7000 Menschen umbrachten, konnte der Präfekt wenigstens 176 Verwundete in das Zentrum der katholischen Bischofskonferenz in Kabgayi bringen und dort auch retten.

Immer geht es in Afrika nur durch die Mobilisierung von Jugendlichen und Kindern. Zwei Wochen nach dem Abschuss des Flugzeugs waren in den Straßen von Kigali Soldaten zu sehen, die Jugendlichen militärische Fertigkeiten beibrachten. Die Organisatoren des Völkermordes haben viel aufbringen müssen, um die Verbrechen zu verschleiern. Die Organisation der Massenmorde nannte sich euphemistisch „zivile Selbstverteidigung“. Man hatte landesweit nicht immer genügend gute Waffen. Viele der jungen Leute bekamen nur Pfeil und Bogen, Speere und Macheten. Die Regierung forderte sie dazu auf, „dem Beispiel der Vietnamesen zu folgen“, die gezeigt hätten, wozu ein mutiges Volk in der Lage sei – auch ohne moderne Waffen.

Die Regierung war, ähnlich wie das Nazi-Regime in Deutschland, nicht unempfindlich gegen Kritik von außen und eröffnete eine Propagandaoffensive. Der neu ernannte Außenminister Jerome Bicamumpaka und der CDR-Chef (also der Chef der den Völkermord vorbereitenden Partei) Jean Bosco Barayagwiza wurden nach Europa, eine andere Delegation nach Kenia geschickt. Am 27. April 1994, als nachweislich schon mehr als dreihunderttausend ruandische Tutsis ermordet worden waren, wurden diese Vertreter der Völkermordregierung in Paris von Staatspräsident François Mitterand und seinem Außenminister Juppé empfangen. Die Staatsspitze Frankreichs hat die Vertreter Kigalis gewiss zur Mäßigung aufgefordert, aber gewiss auch weitere Waffenlieferungen in Aussicht gestellt. Schon am 19. April hatte die Organisation Human Rights Watch von Völkermord gesprochen. Am 22. April hatte Clintons Sicherheitsberater Anthony Lake die beiden Menschenrechtsaktivisten Monique Mujawamariya und Alphonse Nkubito empfangen und war also auch im Bilde. – Die Weltgemeinschaft hat 1994 wieder einmal bei einem solchen verheerenden Massenmord einfach zugeschaut und nichts getan.

Nicht das seinerzeit Aufsehen erregende Buch von Samuel Huntington (*Clash of Civilizations*) wird uns in Zukunft Wegweiser sein, sondern vielleicht – nach Einschätzung von Richard Holbrooke, dem mächtigen Broker des Friedensvertrages von Dayton, der zumindest dem Bürgerkrieg und der Schlächterei in Bosnien-Herzegowina ein Ende machte – das Buch einer jungen leidenschaftlichen Journalistin – Samantha Power. „*A Problem from Hell*“ ist es überschrieben, ausgewiesen als ein Zitat des vormaligen US-Außenministers Warren Christopher. Samantha Power war Kriegskorrespondentin in Bosnien und hat herausgefunden, dass wir zwar im Jahrhundert der Völkermorde leben, aber wenn die Genozide sich ereignen und uns überraschen, unternehmen wir wenig bis nichts dagegen. Obwohl uns die große Errungenschaft der Neuzeit, die Völkermordkonvention der UNO, doch dazu auffordert.

Die vornehme Weltgemeinschaft hat immer schlechte Gründe, nicht hinzuschauen, wenn ein Genozid sich vorbereitet und zusammenbraut. Das Buch erlaubt sich keine abgehobene Phänomenologie, in der man sich von den Ereignissen nicht berühren lässt. Es beginnt mit dem ersten dokumentierten Völkermord der Neuzeit, dem an den Armeniern in der Türkei, es geht um den Völkermord in Kambodscha, es geht um den Völkermord Saddam Husseins an den Kurden, ausgeführt mit einer der abscheulichsten von Menschen erfundenen Waffen, dem Giftgas. Es geht um den Völkermord in Bosnien, der uns Europäer lange gequält hat. Es geht in einem besonders gut recherchierten Kapitel um das bis heute unbegreifliche Massenmordgeschehen in Srebrenica. Das Buch schont uns nicht. Es geht in einem Kapitel um den Kosovo und auch um den abscheulichen Völkermord an 800 000 Tutsis in Ruanda.

Die Autorin beschreibt am Fall Ruanda den Eiertanz um das *g-word*, um das Genizod Wort. Der General, der damals in Ruanda die UNO-Blauhelme (UNAMIR) befehligte und die Ehre der Menschheit gerettet hat, Romeo Dallaire, rieb sich die Augen. Er hatte doch im Januar 1994 schon gebeten, ihm Verstärkung zu schicken und sein Mandat zu ändern. Er schrieb am 17. Januar dem damaligen Untergeneralsekretär Annan, der für die Blauhelmoperationen zuständig war, ob man das Mandat nicht ändern könne.

■ Samantha Power, „*A Problem from Hell*“: *America and the Age of Genocide*, Perseus Book, New York 2002.

Kofi Annan ließ das Telegramm unbeachtet, stellte es nicht einmal Boutros Boutros-Ghali vor. Also kein neues Mandat. Dann, als vor seiner eigenen Nase die Opfer schon auf der Straße und auf dem Rasen des Stadions lagen und bestialisch stanken, machte Dallaire vier Tage nach dem Abschuss des Flugzeugs von Präsident Juvenile Habyarimana den entscheidenden Telefonanruf seines Lebens. Über 20000 Tutsis seien schon ermordet worden, telefonierte er nach New York zum Hauptquartier und bat um Verdoppelung seiner Streitmacht auf 5000 Soldaten (von damals 2700).

Am gleichen Abend war der US-Außenminister Gast bei der NBC-Nachrichtensendung *Meet the Press*. Was erzählt der strahlende Christopher? Der US-Botschafter David Rawson sei bei der Evakuierung der US-Amerikaner – „wie es unserer humanitären Tradition entspricht“ –, im letzten Wagen gefahren. Auch der politisch einflussreiche US-Senator Bob Dole stimmte zu: Die USA hätten in dem Land der merkwürdigen Leute, die sich die Köpfe einschlagen, nichts verloren.

Dann bekam Dallaire die Antwort, die 800000 Ruandern das Leben kostete: „Beeinträchtigen Sie in keiner Weise ihre Unparteilichkeit. Sie sollen nicht außerhalb Ihres Mandats agieren, aber sie werden mit Diskretion all das ausführen, was wesentlich ist für die Evakuierung der Ausländer“; „This should not, repeat not – extend to participating in possible combat except self-defense.“ (O-Ton Kofi Annan). Bis heute betont der sture Militärkopf Dallaire, dass es möglich gewesen wäre, den Völkermord im Keim zu ersticken, mit den 20000 bedauernswerten Opfern, die in den ersten vier Tagen gefallen waren.

Romeo Dallaire wird bis heute nicht gern gehört auf unseren europäischen Militärakademien. Er sagt uns die ungeschminkte Wahrheit und verlangt abseits der Tarifordnungen sogar etwas so Unzeitgemäßes wie Mut und die Abwesenheit von Feigheit.

Samantha Power hat in allen Kapiteln die Geschehnisse so hautnah und bewegend beschrieben, dass der Leser manche Szenen nie vergisst. In diesen Apriltagen 1994 telefonierte Romao Dallaire mit dem Chef des IKRK (Internationales Komitee des Roten Kreuzes), einer Institution, die die Autorin des Buches (wie der Autor dieser Zeilen) immer mehr schätzen gelernt hatte.

Philippe Gaillard war in Kigali geblieben. Dallaire bat ihn um ein Buch über Völkerrecht. Nach der Lektüre war Dallaire sicher: Das hier in Ruanda, das ist ein Genozid, das ist nicht „ethnische Säuberung“. New York wollte das Massenmorden immer noch *ethnic cleansing* nennen.

Die US-Regierung weigerte sich, das *g-word* zu benutzen. Worte sind nicht nur im Evangelium mehr als Worte, auch oft in der Rechtsdogmatik. Samantha Power zitiert die Sprecher des Außenministeriums der USA, die noch bis zum 10. Juni daran festhielten, das *g-word* nicht zu verwenden. Am 24. Mai benutzte der Außenminister das Wort. Am 10. Juni wurde die Sprecherin Christine Shelly beauftragt, den ersten Schritt in Richtung des *g-word* zu signalisieren. In Ruanda würden *acts of genocide* durchgeführt. Alan Elsner von der Nachrichtenagentur Reuter wollte wissen, was der Unterschied zwischen *acts of genocide* und dem Völkermord selbst sei. Die Sprecherin:

„Clearly not all the killings have taken place in Ruanda are killings to which might apply the label!“ Elsner insistiert: Von wann an denn werden *acts of genocide* zu einem Völkermord? Alan, sagte die Sprecherin, ich bin nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten.

So leben wir in einer Zeit der internationalen Erklärungen, der Moral und der Menschenrechtsfortschritte – aber wenn es ans Eingemachte geht ... Ein erregendes Buch, das möglichst bald ins Deutsche übersetzt werden sollte.

Hoffentlich geht er nicht in den Ruhestand, der Professor für politische Wissenschaft Franz Nuscheler, dem ein Loblied in Form einer Festschrift gesungen wird. Es wird ein bisschen zu viel gesungen, wenn man die zahllosen Fehlschläge der Entwicklungspolitik bedenkt. Der Bundespräsident, die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner. Warum diese, die sich in der Entwicklungspolitik bisher nicht profiliert hat? Im vierten Teil kommen dann die großen Kollegen des Duisburger Professors an die Reihe: Dieter Oberndörfer, Dieter Senghaas, Thomas Heberer und Kurt Tudyka. Oberndörfer überrascht mit der Information, wie spät die Nationalsprachen als Zugang zu den nationalen Regierungen sich herausgebildet haben: So verstanden um 1800 nur 20 Prozent der Bevölkerung des heutigen Territori-

■ Thomas Fues/Jochen Hippler (Hgg.); *Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft*, Festschrift für Franz Nuscheler, Dietz Verlag, Bonn 2003, 400 Seiten.

ums von Frankreich Französisch. Und gerade wir Europäer hatten uns ein probates Rezept des *nation building* auf die Fahnen geschrieben. Selbst viele Völker und Staaten Afrikas wissen bis heute nicht, wer sie sind. Und damit Europa nicht zu übermütig wird: Auch einige Staaten des Balkan haben noch keine Ahnung, wer sie eigentlich sind, denn unter dem Dach des Marshall Tito und Jugoslawiens waren sie alle eins. Bis heute wissen die Mazedonier nicht genau, wer sie sind. Sind Sie eigentlich Serben, also Slawen? Sind sie Nachkommen Alexanders des Großen? Sind sie Walachen?

Sind sie, wie die Bulgaren behaupten, Bulgaren, die sich nur anders nennen?

Wie die Subventionierung des akademischen Betriebes auf den Feldern Dritte Welt- und Entwicklungspolitik manchmal Resultate erzeugt, die sich international im Vergleich nicht sehen lassen können, zeigt der Sammelband *Kultur als umkämpftes Terrain. Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik?*, Promedia Verlag, Wien 2003, 263 Seiten.

Er beginnt mit kindlichen Ergüssen über das, was Kultur sein könne: „reflektiert die Art und Weise, wie der Mensch, lebt, produziert, denkt“ usw.

Der Autor bringt völlig zufällige Literaturhinweise und Exzerpte. Es wirkt manchmal so, als ob diese Bücher zufällig in der mageren Universität von Addis Ababa vorhanden sind:

„Was über afrikanische Philosophen gesagt wird, trifft auch für afrikanische Ärzte zu, Englisch und Französisch haben so sehr die Oberhand in ihrem Verstand gewonnen, dass viele Afrikaner ihren eigenen Kulturen fremd geworden sind.“ Was das mit der afrikanischen Großstadt zu tun haben soll, wird nicht erkennbar!

So zitiert der Verfasser einen afrikanischen Autor, ohne dass das Sammelsurium in irgendeinen systematisch-thematischen Zusammenhang gebracht wird. Man erwartet als Leser, dass das Unterscheidende, Spezifische der modernen afrikanischen Großstadt in

■ Gerald Faschingeder/
Franz Kolland/Franz Wimmer (Hgg.), *Kultur als umkämpftes Terrain. Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik?*, Promedia Verlag, Wien 2003, 263 Seiten.

diesem Beitrag herausgearbeitet wird, ist jedoch über all die Seiten einfach nur enttäuscht. Philosophische Brocken wechseln sich ab mit unausgegorenem soziologischem Kauderwelsch. Das Ganze endet in einem Satzungetüm, von dem ich nicht weiß, ob daran irgendetwas verstehbar ist: „Im afrikanischen Kontext können wir nicht von einer dynamischen Kultur sprechen, welche die Entwicklung oder (?) Modernisierung fördert, weil eine authentische Kultur, welche die Identität des afrikanischen Lebens widerspiegelt, nicht entwickelt werden konnte.“ Andere Beiträge sind besser recherchiert und geschrieben.

Dieser Band gruppieret sich um eine Region, die in der Entwicklungszusammenarbeit eigentlich nur erfreulich ist. In den elf Staaten dieser Region sind die politischen, ökonomischen und demographischen Verhältnisse auf einem Wege, den wir im Westen für den richtigen halten. Das Buch versucht, einen umfassenden Überblick zu geben, es leidet ein wenig unter der positivistischen Archiv- und Seminarperspektive. Neben zwei geschichtlichen Einführungen gibt es zwei spannende zeitgeschichtliche Berichte über „Die Weltwirtschaftskrise in Südostasien“ und die Zeit des Zweiten Weltkriegs, der ja in Südostasien insgesamt eine andere Entwicklung nahm in der Frage der Dekolonisierung als in weiten Teilen Westasiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dies auch wegen der neuen Rolle, die das imperialistische und kolonialistische Japan zwischenzeitlich übernahm.

Besonders anschaulich (mit sehr guten Schaubildern) ist der Bericht von Karl Husa und Helmut Wohlschlägl zu der demographischen Entwicklung in Südostasien. Die Reproduktionsraten sind in den elf Ländern rückläufig, die Mortalitätsraten entwickeln sich in der Richtung, dass Südostasien in Bälde das Niveau der industrialisierten Staaten erreichen wird oder auch schon erreicht hat.

Es geht um Indonesien, die Philippinen, Malaysia, Thailand, Myanmar, Brunei, Singapur, Ost-Timor, Vietnam, Kambodscha und Laos. Singapur und Brunei haben schon das Niveau westlicher Einkommen erreicht. Das Bruttonsozialprodukt pro Kopf beträgt dort bereits 9260 US-Dollar, diese Länder gehören also zu den *high-income economies*.

Die zweite Gruppe wird von Malaysia gebildet; dieses Land gehört zu den *upper middle income eco-*

■ Peter Feldbauer/Karl Husa/Rüdiger Kordt (Hgg.), *Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert*, Promedia Verlag, Wien 2003 (Edition Weltregionen), 267 Seiten.

nomies mit einem BNP pro Kopf von zwischen 2996 und 9265. Dann kommen die Philippinen, Indonesien und Thailand, die sich in der Gruppe der von der Ökonomiestatistik sogenannten *lower middle income economies* wiederfinden: das sind dann Raten von 756 US-Dollar bis zu 2995 US-Dollar. In der letzten Gruppe sind Kambodscha, Laos, Myanmar und Vietnam versammelt, die noch zu den *low income economies* gehören, wobei Vietnam das Land sein wird, das trotz bestimmter Korsettstangen im ideologischen Bereich sehr schnell aus dieser Gruppe aufsteigen und ebenfalls in naher Zukunft einer der wirtschaftlichen Tiger werden wird.

In diesen Gesellschaften hat sich das demographische Wachstum in einem so dramatischen Maße verlangsamt, dass manche dieser Gesellschaften schon wieder Sorge um ihre Bestandserhaltung haben. 1950 lebten in diesem Raum 178 Millionen, im Jahre 2000 522 Millionen. Doch auf Grund steigender Lebenserwartung und dramatisch sinkender Kindersterblichkeit hat sich das Niveau eingependelt. Die Kindersterblichkeit ist in den letzten Jahren von 168 auf 48 Promille gesunken. Die Lebenserwartung hat zugenommen, so dass man sagen kann, die gesamte Bevölkerung der Region lebt um 63 Prozent länger. Die Lebenserwartung der Männer liegt jetzt bei 65, die der Frauen bei 67 Jahren.

Manche der Bevölkerungen erreichen nicht einmal mehr das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kinder pro Frau. Einzig Malaysia fällt aus diesen statistischen Beobachtungen ganz heraus. Es betreibt eine islamisch begründete Bevölkerungspolitik (NPP: New Population Policy), die darauf angelegt ist, die Einwohnerzahl bis 2050 auf 70 Millionen zu erhöhen. Man propagiert die Fünf-Kinder-Familie. Besondere Sorgen hat sich schon 1983 der damalige charismatische Chef des kleinen Stadtstaates Singapur, Lew Kuan Yew, gemacht, der bemerkte, dass die intellektuellen und berufstätigen Frauen in Singapur kaum noch Kinder bekämen.

Infolge dieser demographischen Entwicklung vergreisen die Staaten Südostasiens. Der Prozess erfolgt lange nicht so dramatisch wie in Europa, aber der Trend ist angelegt: Die über 65-jährigen machten erst fünf Prozent der Bevölkerung dieser Region aus – gegen 16 Prozent in Westeuropa.

Makaber und typisch blind wirkt die Bemerkung, die Bevölkerung Kambodschas falle wegen der „tragischen kriegerischen Konflikte“ aus dieser Statistik heraus. Also, das wäre so, wie wenn jemand den Rückgang des Bevölkerungszuwachses unter der jüdischen Bevölkerung Osteuropas, Deutschlands und Russlands dem ‚tragischen Zweiten Weltkrieg‘ zuschreiben würde, und nicht dem Holocaust. In Kambodscha hat es eine geplante und durchgesetzte Vernichtungsaktion durch die roten Khmer gegeben, die alle Einwohner der Städte, alle gebildeten, alle Sprach-Fähigen und Nicht-Bauern umfasste. Man spricht von bis zu 1,7 Millionen Khmers, die auf Veranlassung des Regimes der Roten Khmer ermordet wurden.

Einen besonderen Fall der neueren deutschen und westlichen Außenpolitik nimmt sich Ex-General Heinz Loquai vor. Es handelt sich um sein Buch *Weichenstellungen für einen Krieg*. Ein Remake, eine ziemlich genaue Wiederauflage des im Jahre 2000 im gleichen Verlag erschienenen Buches: *Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg*. Auch für Loquai gab es 1999 beim Kosovo-Konflikt eine westliche Verschwörung, die den Angriff im Balkan auf Serbien und den Kosovo schon längst geplant hatte, obwohl er dann erst später stattfand.

Das Elend dieses Buches ist ähnlich zu beschreiben wie das des vorhergehenden: Der General a.D. ist Opfer eines ungehemmten Akten-Positivismus. Er selbst ist in der Zeit, die er beschreibt, nie im Kosovo gewesen. Nun hatten wir ja vor Ort immer wieder erlebt, wie die OSZE-Monitore sich in bestimmte Bereiche des Kosovo gar nicht vorwagten. Ich erinnere mich noch, dass wir zwei Mal mit einem Beobachter unterwegs waren, beide Male war der unendlich dankbar, weil wir in ein Dorf kamen, das er sonst nie gesehen hätte.

Weil der zum Historiker gewordene General auch noch kokettiert damit, dass er den Kosovo bis heute nicht gesehen hat, werden seine Urteile immer krauser. So schreibt er in der Zusammenfassung: Kein anderer innerstaatlicher Konflikt stand jemals unter einer derart umfangreichen und intensiven internationalen Aufsicht und Kontrolle wie der Kosovo-Konflikt. Die OSZE habe ein flächendeckendes Netz internationaler Beobachter eingerichtet. Das war

■ Heinz Loquai, *Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt*, Nomos Verlag, Baden Baden 2003, 201 Seiten.

eben, wie der Beobachter vor Ort wusste, nicht flächendeckend. Die Apartheid-Strukturen hatten sich längst so durchgesetzt im Kosovo, dass die serbische Armee plus Polizei natürlich im Kosovo machte, was sie wollte. Nach dem Aufkommen der UCK gab es dann in weiten Teilen des ländlichen Kosovo eine UCK-Kontrolle. Ich würde auch meinen, dass das gesamte Buch auf dem Fehlurteil aufbaut: „Die Eskalation zum Einsatzbefehl erfolgte, als bereits der politische Durchbruch in Belgrad erreicht worden war.“ Das Buch macht sich zum Agenten dieser selbsterfundenen Verschwörungsthese. Es behauptet deshalb auch, alle verschwiegen diese Erkenntnis absichtlich. Mit Milosevic habe man sich geeinigt, doch man wollte unbedingt bomben.

Zum wiederholten Male versucht der Autor zu sagen: Nicht der Mörder, der Ermordete sei schuld. Racak sei weniger ein Verbrechen, als ein Beispiel für eine Instrumentalisierung dieser Verbrechen durch internationale Organisationen. Das kann man den Bewohnern, den Angehörigen, den Müttern und Vätern der Ermordeten von Racak nicht ins Gesicht sagen. Das muss der Schreibstuhengelehrte Loquai ja auch nie tun.

Besonders ungnädig geht der Autor mit einigen Medien um. Er selbst hat sich von einem Besuch vor Ort dispensiert. Aus den sehr detaillierten Schilderungen in den fünf großen deutschen Tageszeitungen konnte man den Eindruck gewinnen, „als ob die Korrespondenten selbst vor Ort waren, ja das Ereignis miterlebt hätten. Berichtet wurde aber zumeist aus Budapest, Wien, Zürich, Brüssel, Belgrad und Sarajevo.“ Wenn doch nur der Autor selbst seine Einschätzung an diesem Kriterium erproben und prüfen würde...

Das Projekt, die rot grüne Außenpolitik seit 1998 zu bilanzieren, entstand am Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen der Universität Trier. Es ist ein sehr gründlich erarbeitetes und kritisches Arbeitsbuch entstanden, das sich sehen lassen kann. Nikolas Busse beschreibt die wichtigste und für manchen freudige, für viele anderen schmerzliche Erfahrung der Entfremdung vom wichtigsten Verbündeten: „Rot Grün und Amerika“. Zunächst sah es noch so aus, als würde die neue Koalition das „Fahren im Geleitzug“ (Klaus Kinkel) mit den USA nicht

■ Hanns Maull/Sebastian Harnisch/Constantin Grund (Hgg.), *Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998–2003*, Nomos Verlag, Baden Baden 2003, 193 Seiten.

aufgeben. Im Kosovo-Konflikt und -Krieg hatte sich das alte westliche Bündnis noch fest bewährt. Auch nach dem 11. September 2001 waren sich die alten transatlantischen Verbündeten über die Koalition gegen den Terror einig. Der Bruch begann im Wahlkampf 2002, als in Washington die große Debatte über den Irak begann. Damals benutzte der Bundeskanzler sowohl das Wort vom „Abenteuerum“, an dem sich Deutschland nicht beteiligen werde, wie auch vom „deutschen Weg“, der die Vereinnahmung durch andere ausschloss. Bis zum Juli/August 2003 gab es eine tiefgreifende Verstimmung zwischen den beiden früher untrennbar verbündeten.

Der Autor resümiert: „Die Zerrüttung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses durch die rot-grüne Regierung ist beispiellos.“ Mit großer Kenntnis werden die einzelnen Felder der Außenpolitik abgehendelt, wobei sich die Autoren erfrischenderweise auch nicht der Wertung enthalten.

Es geht um die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr – mit dem Titel „Normalisierung statt Militarisierung deutscher Sicherheitspolitik“. Um die rot-grüne Sicherheitspolitik im Rahmen von ESVP und NATO. Um die Europa-Politik der neuen Regierung und die Erweiterungen nach Osten und darum, wie Berlin dazu steht. Deutsch-französische Beziehungen sind im Visier als Kern- und Herzstück unserer Außenpolitik, aber auch die Südosteuropa-politik und die Nahostpolitik, die das Label „gescheiterte Ambitionen“ aufgedrückt bekommt. Interessanterweise gibt es nicht einmal mehr ein Kapitel ‚Deutsche Afrika-Politik‘, in der klaren Erkenntnis, dass es eine solche wohl nicht mehr gibt. Unter Klaus Kinkel und Harald Ganns (damals der Afrika-Chef des Auswärtigen Amtes) hat es wenigstens noch klare Anstrengungen in der Richtung gegeben.

Besonders luzid und solide fällt das Urteil des Entwicklungsexperten Peter Molt über die „rot-grüne Entwicklungspolitik“ aus. Bilanz: Die deutsche Entwicklungspolitik leidet an der zunehmenden finanziellen Auszehrung, auch und vor allem an systemischen Redundanzen. Und – präzise formuliert: Die Bundesregierung ist bisher nicht bereit, auch bilateral einen substanzuellen Beitrag zu dem auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen vereinbarten Ziel zu leisten, weltweit die absolute Armut zu halbieren.

Weiter schlägt sich der unbewegliche Elefant (der dazu auch noch zwei dicke fette Köpfe hat: das BMZ in Bonn und also auch Berlin und die GTZ in Eschborn) mit der Zersplitterung der Hilfe auf weit über hundert Länder, die nachweislich ein Relikt der Hallstein-Doktrin ist und ganz überwunden werden muss. Inzwischen, so Peter Molt, erhielten ganze 80 Länder wieder neue Zusagen. Darüber hinaus gebe es zehn weitere Ländern, in denen es nicht zu umgehen sein wird, die Hilfe wiederaufzunehmen, sobald die politischen Verhältnisse es zulassen. Vorsichtig krisiert Molt auch die Zunahme der Zahl höchstdotierter Berater, die den Ärmsten die Armut nicht wegschafft. „Ob Regierungsberatung tatsächlich so wirksam ist, wie behauptet wird, und ob sie zu den vordringlichsten Bedürfnissen der Partnerländer gehört, kann bezweifelt werden.“

■ Jean Ziegler, *Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher* (frz. Original Paris 2002: *Les nouveaux maîtres du Monde et ceux qui leur résistent*), C. Bertelsmann, München 2003, 318 Seiten.

Jean Ziegler, Professor für Soziologie in Genf, hat wieder zugeschlagen. Da hatte die etablierte Welt gedacht, er wäre gezähmt, aber er war es auch durch die Verbeamtung seitens der UNO nicht. Bis 1999 war er Nationalrat im schweizerischen Parlament, dann wurde er Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung. Leider hat sich Ziegler auch den UNO-Positivismus der statistischen Weltzahlen angewöhnt, der natürlich nicht stimmt. Die UNO, so wissen wir ja spätestens seit dem großen wichtigen Dossier von Lutz Muekke in der ZEIT (April 2003), die UNO setzt Zahlen herrschaftlich fest, die überhaupt nicht zu stimmen brauchen. „Tag für Tag sterben auf unserem Planeten ungefähr 100 000 Menschen an Hunger und an den unmittelbaren Folgen des Hungers. 826 Millionen Menschen sind gegenwärtig chronisch und schwer unterernährt. Den größten Tribut an dieser Entwicklung hat Afrika südlich der Sahara zu leisten: hier sind 186 Millionen Menschen andauernd in schwerem Maße unterernährt, d.h. 34 Prozent der Gesamtbevölkerung.“ Das ist deshalb so abstrakt, weil darunter ja so ein Land wie Simbabwe fällt, wo der Staatschef in den letzten drei Jahren alles getan hat, um die eigene Landwirtschaft im Sinne seines persönlichen Machterhaltes regelrecht zu zerstören. So müssen in ein Land, das bisher keinerlei Probleme bei der Autarkie seiner Ernährung hatte, Nahrungsmittel eingeführt werden. Die von Jean Ziegler beschwore-

nen Leichenberge werden unter der Wucht der Statistiken, die alle in klimatisierten wunderbaren Bürogebäuden der UNO zusammengerechnet werden, immer weniger gesehen, weil die UNO natürlich nicht dorthin geht, wo die Leichen zu finden sind. Sie richten sich in den Hauptstädten ein, schaffen sich ihr Potenzial an Entertainment in Gestalt von Tennisplätzen und Swimming Pools und Barbecues am Abend. Deshalb wirken diese Aufrufe immer fataler und verdummender. Die großen Leute der UNO haben eine eigene Nationalität gebildet. Wird etwa Kofi Annan in sein Heimatdorf in Ghana zurückgehen?

Dennoch enthält das Buch viele unverzeihliche Verletzungen der UN-Etikette. Der Staatschef der Republik Guinea, so Jean Ziegler, sei ein unbedeutender Brigadegeneral namens Lansana Conte. „Für die Belange des Rechtstaates legt er eine gesunde Verachtung an den Tag.“ Ziegler zitiert einen Ausspruch von Lansana Conte: „Menschenrechte?! Keine Ahnung, was das sein sollte!“

In Togo lässt General Gnassimbe Eyadema, der seinen Vorgänger mit umgebracht hat, Studenten, mit Handschellen gefesselt, bei lebendigem Leib aus Hubschraubern in die Lagune von Be bei Lome werfen.

Der Theologe Thomas Hoppe hat eine fleißige Bilanz der bisherigen Menschenrechtsdebatte geliefert, mit besonderem Blick auf die Weltreligionen. Gibt es eine Unterteilung in Kern-Menschenrechte und Rechte geringerer Rangstufe? Er zitiert Franz Nuscheler: „Angesichts der strukturellen Gewalt von Unterentwicklung und Massenarmut sowie schwerer Menschenrechtsverletzungen in vielen Staaten stellt sich die Frage nach dem Sinn maximalistischer Menschenrechtskataloge, denen auch hoch entwickelte demokratische Staaten kaum genügen. Wäre der Durchsetzung von grundlegenden Menschenrechten nicht besser gedient, wenn die maximalistischen Menschenrechtskataloge auf wirklich universell gültige und international überprüfte Minimalstandards verdichtet würden?“

Die staatliche Neubildung von Bosnien-Herzegowina wurde mit Menschenrechtsverpflichtungen überfordert, die in schreiemdem Widerspruch dazu stehen, dass die Schulen in den beiden Teilstaaten

■ Thomas Hoppe,
Menschenrechte im Spannungsfeld von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Grundlagen eines internationalen Ethos zwischen universalem Geltungsanspruch und Partikularitätsverdacht, Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2002, 236 Seiten.

(bosnisch-kroatische Föderation und die törichterweise in Dayton so genannte „Republika Srpska“) im Grunde weiter ein Geschichtsbild vermitteln, das die junge Generation zum Krieg und zum Kampf gegen den Feind (den Muslim, den Bosnier, den katholischen Kroaten, den Serben) aufruft.

■ Kang Chol-Hwan/
Pierre Rigoulot, *Aquariums of Pyongyang. Ten Years in the North Korean Gulag*, The Perseus Press, New York 2003, 238 Seiten.

Das Land der asiatischen Hemisphäre, in dem die Menschenrechte am systematischsten mit Füßen getreten werden, ist ganz zweifellos Nordkorea, also die „Koreanische Demokratische Volksrepublik“. Kang Chol-Hwan hat jetzt endlich gesprochen und geschrieben: Er musste sich neun Jahre in einem der Aquarien aufhalten, also einem der furchtbaren Arbeits- und Konzentrationslager. Er beschreibt auch seinen gefährlichen Weg aus Nordkorea heraus nach China und die Fluchtmöglichkeit, die sich plötzlich über ein südkoreanisches Schiff eröffnete, das im Hafen von Dalian ankerte. Vorher machte er noch Erfahrungen mit einer südkoreanischen Botschaft in Peking, die alles tun will, nur nicht aus dem Gefängnis Nordkoreas entflohene Koreaner aufnehmen. Als blinder Passagier war er mit einem anderen koreanischen Flüchtling unterwegs, An-Huynk. In Dalian waren sie untergekrochen bei Madame Yi, die einen Salon mit 100 Prostituierten betrieb. Es gab dort die Association of Koreans in Dalian, eine regierungsfreundliche Organisation, die herausfinden sollte, wer den Weg nach China geschafft hatte, um den dann sofort wieder zurückzuschicken. Interessant zu erleben in dem sehr persönlich gehaltenen Erlebnisbericht, wie ihnen das Leben und die Gesellschaft schon in China paradiesisch demokratisch und freizügig im Vergleich mit ihrer Betonköpfe-Diktatur in Nordkorea vorkam.

Das Regime kann noch einiges aushalten, es lebt von seinen Waffenexporten und von den Subventionen, die die nordkoreanische Gemeinde in Japan nicht müde wird, nach Pyongyang zu überweisen.

■ Pierre Rigoulot, *Nordkorea. Steinzeitkommunismus und Atomwaffen – Anatomie einer Krise*, Kiepenheuer und Witsch Verlag, Köln 2003, 122 Seiten.

Der Co-Autor dieses in den USA erschienenen Buches hat 2003 in Frankreich alle spärlichen Informationen gesammelt, die über Nordkorea zu erhalten sind, und sie in einem schmalen Bändchen zusammengestellt. Der Kölner Verlag Kiepenheuer und Witsch hat es schnell ins Deutsche übersetzen lassen: *Nordkorea. Steinzeitkommunismus und Atomwaffen*

– *Anatomie einer Krise*. Die hermetische Abschließung des Landes bedingt, dass dieses Büchlein des Chefredakteurs der französischen *Cahiers d’Histoire social* das Maximum an Informationen enthält, die auf dem journalistischen und humanitären NGO-Markt greifbar sind. Aber das Maximum kann nicht das Optimum sein. Dennoch ist das der zweite Versuch, etwas über dieses geheimnisvolle Land hinter dem Bambusvorhang zu erfahren. Das erste war der Erlebnisbericht des Berliner Arztes Dr. Oliver Mohr, der im Jahre 2000 im Göttinger Lamuv-Verlag seine Erlebnisse während eines fünfmonatigen Arbeitsaufenthaltes in der nordkoreanischen Hauptstadt und der Provinz Süd-Hwanghae zusammenstellte: „Hinter dem 38. Breitengrad. Mit Cap Anamur in Nordkorea.“

Pierre Rigoulot hat die furchtbaren Erfahrungen mit aufgenommen, die die Flüchtlinge in China erleiden. Dass es sich um Hunderttausende handelte, ist wohl eine kühne Hochrechnung. „Während China von 10000 Grenzübertritten spricht, gibt das Hochkommissariat der UN eine Zahl von 30000 Flüchtlingen an. Ohne dass man eine exakte Angabe machen könnte, ist es unzweifelhaft, dass die wirkliche Zahl höher liegt – vielleicht bei 200000 Menschen. Manche NGOs gehen von noch weitaus höheren Zahlen aus.“ Das macht die unsichere Informationsbasis dieses Buches aus: Niemand weiß irgendetwas Genaues. Dass die Auslieferung von Nordkorea-Flüchtlingen in den chinesischen Grenzprovinzen mittlerweile mit noch höheren Prämiens belohnt wird, verlockt viele, da es eben jetzt nicht mehr nur 2000, sondern 5000 Yuan als Kopfprämie gibt: statt 260 jetzt also schon 650 Euro.

Einen großen Wert bekommt das Buch durch das politische Programm, das der Autor am Schluss der 120 Seiten zu formulieren wagt. Wenn Nordkorea zu bestimmten Schritten und Zugeständnissen bereit ist (Öffnung der KZs, Verbot des Verkaufs von Langstreckenraketen ins Ausland, Anerkennung des Atomwaffensperrvertrags, Fortschritte auf dem Wege zu einer südostasiatischen Demokratie à la China oder Singapur), dann sollten die 37000 US-amerikanischen Soldaten abgezogen werden, die am 38. Breitengrad stationiert sind. Das zu fordern, stellt fast einen politischen Tabubruch dar. Es würde aber

schon als politische Ankündigung in der Region der koreanischen Halbinsel außerordentlich entspannend wirken.

■ Andreas von Bülow,
Die CIA und der 11. September. Internationaler Terror und die Rolle der Geheimdienste, Piper Verlag, München 2003, 272 Seiten.

Das Bild der Vereinigten Staaten von Amerika ist bei uns verdüstert durch die neue Administration, die es den Europäern schwer macht, sich noch als Partner zu fühlen. Aber auch durch uralte und neu aufgebrühte Verschwörungstheorien, die die ganze Welt im Griff der US-Regierung und zumal der US-Geheimdienste sehen. Andreas von Bülow (1976–1980 Staatssekretär im Verteidigungsministerium, 1980–1982 Bundesminister für Forschung) hat so ein Buch unter dem Titel *Die CIA und der 11. September geschrieben*, das eine solche Verschwörungstheorie liefert. Andreas von Bülow geht davon aus, dass die Attentate des 11. September 2001 durch die Geheimdienste und die Amerikaner selbst angezettelt und durchgeführt wurden. So wenn er die Telefonate der Frau des Generalbundesanwalts der USA, Ted Olson, beschreibt. „Die Frage nach der Glaubwürdigkeit der Telefonate ist von großer Bedeutung, als die angeblich mitgeteilten Beobachtungen der Gattin des Generalbundesanwalts Ausgangspunkt bilden für die von der Bush-Administration bis heute hochgehaltene Verschwörungstheorie von den 19 jungen Muslimen.“ Er bekämpft diese vermutete Lüge mit einer eigenen Verschwörungstheorie, die überraschenderweise der renommierte Piper-Verlag herausbringt. An bestimmten Stellen wird der nicht ausgesprochene Verdacht der Beteiligung Israels an der Attentatsmanipulation genährt: Bei der Geschichte des vierten Flugzeugs und der Helden des Fluges UA 93, der mit dem Absturz in der Nähe von Pittsburgh endete, wobei es Widerstand gegeben haben soll und viele Passagiere Außenkontakt mit ihren Handys gehabt haben sollen.

Von Bülow: Abrechnungsbögen der Telefongesellschaft können auch manipulierbar sein. Und, die Gesellschaft AMDOC befindet sich in israelischem Besitz. Der „zentrale Rechner der Gesellschaft befindet sich nicht auf amerikanischem, sondern auf israelischem Boden“.

Der Autor bezweifelt und beschwört die Verschwörung, nach der die Türme durch die Flugzeuge gar nicht so angetastet worden sein können. Die Wucht des um 8.46 Uhr einschlagenden Flug-

zeugs konnte den Nordturm nicht ins Wanken bringen. Aber 10.28 Uhr stürzte das Gebäude in sich zusammen. Der Autor bezweifelt die Pfannkuchentheorie, nach der die Stockwerke hintereinander in sich zusammengebrochen sind. Die Statiker können nicht erkennen, dass Stahlskelette durch Feuer zum Einsturz gebracht werden können. Der Turm kippte auch nicht zur Seite, er brach nicht auseinander, er sank vielmehr in sich zusammen, „als ob ein Sprengmeister an den strategischen Stellen der Stahlstruktur gezielt angebrachte Sprengladungen gezündet hätte.“

Das Buch kann nicht im Geringsten überzeugen. Es spielt auf mehreren Ebenen einer Verschwörungstheorie, die intelligent miteinander verwoben sind.

Eindrucksvoll belegt der Autor, Benjamin R. Barber, das Versagen der eigenen Administration, die in der Stunde des unvorstellbaren Angriffs auf die Nervzentren der Macht die Bürger hätte aktivieren sollen, auch um die Angst durch eigene Aktionen aufzuheben. Aber das Gegenteil geschah. Die Bevölkerung der USA ist durch zu starke Geheimdienste manipuliert. Und sie erlebt eine Armee, die keine Bürgerarmee mehr ist, weil es keine Wehrpflicht mehr gibt. „Die Zustimmung im US-Kongress zu der von George W. Bush gestarteten Runde von Präventivkriegen erfolgte mit einer Nonchalance, die erschreckend war – nur ein einziges Kongressmitglied hatte zu dem Zeitpunkt einen in den Streitkräften dienenden Sohn.“ Der Autor macht sich – auch für deutsche Leser interessant – zum kompromisslosen Fürsprecher der allgemeinen Wehrpflicht.

Präsident George W. Bush habe nach dem 11. September 2001 eine Chance vertan. Er habe die Amerikaner aufgefordert, „einkaufen zu gehen“. „In einer Situation, wo viele das Bedürfnis hatten, sich zu beteiligen, forderte ihre Regierung sie auf, zu konsumieren. Anstelle einer Möglichkeit, sich an den Kosten von Terror und Krieg zu beteiligen, bot man ihnen eine Steuerermäßigung an.“

Barber sagt: Wenn die Amerikaner keinen Ausweg aus ihrem Imperium der Angst finden, werden sie sich – wie das römische Imperium – rettungslos verirren. Kein europäischer Verbündeter werde sie von dem kriegerischen Weg abbringen.

■ Benjamin Barber,
Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt, C.H. Beck, München 2003, 260 Seiten.

■ Chalmers Johnson,
Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, Karl Blessing Verlag, München 2003, 472 Seiten.

Ähnlich folgert ein anderer US-Analytiker, Chalmers Johnson, in seinem neuen Buch *Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie*, das ebenfalls schnell ins Deutsche übersetzt wurde. Auch er geizt an manchen Stellen nicht mit antiken, insbesondere römischen Vergleichen: Als Cäsar in Ravenna sein Lager aufgeschlagen hatte, so beschließt Johnson das erste Kapitel von neun weiteren („Die Enthüllung des Amerikanischen Imperialismus“), und als er darüber nachdachte, ob er entgegen dem Befehl des Senats nach Süden über den Fluss Rubikon vorrücken sollte, da sollen nach dem Bericht von Sueton Schafe und Soldaten von den Klängen mehrerer Spielleute an das Flußufer gelockt worden sein. Ein Trompeter habe das Signal zum Vorrücken gegeben. Daraufhin überschritten die Truppen den Fluss und Cäsar soll gesagt haben: „Lasst uns gehen, wohin uns die Omina der Götter und die Verbrechen unserer Feinde rufen. Die Würfel sind gefallen.“

Ähnlich hätten die amerikanischen Militärplaner gewürfelt und das amerikanische Volk über den Rubikon zu einem Imperium mit globalen Ansprüchen geführt.

Eindeutig ist aus all dem: Die Zeit hat sich nicht erst seit dem Terrorangriff auf New York, sondern seit dem Ende des Kalten Krieges geändert. Die beiden Supermächte hatten noch 1986 ihr altes Ideal einer Militärkonkurrenz aufrechterhalten. Sogar noch zu Zeiten des gerade in sein Amt eingeführten Gorbatschow. Die Vereinigten Staaten setzten auf die Entschlossenheit der UdSSR, ein ähnlich kostspieliges Raketen-System zu entwickeln wie SDI.

Für Gorbatschow war damals niemand wichtiger als Andrej Sacharow, der an der Entwicklung der sowjetischen Wasserstoffbombe mitgearbeitet hatte und 1975 für seine Kritik an den Menschenrechtsverstößen in der Sowjetunion mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

Gorbatschow hatte Sacharow aus der unwürdigen Haft oder der Verbannung in Gorki am 23. Dezember 1986 freigelassen. Doch der Wunsch Gorbatschows, Sacharow zur Mitarbeit an einem System von der Art des SDI zu gewinnen, hatte dabei eine Rolle gespielt. Sacharow aber gehörte schon in die neue Zeit, die vielleicht durch die Stärke Europas und ein neues Staatensystem kommen wird: Ein SDI-System

kann gegen einen gut bewaffneten Gegner nicht militärisch wirksam sein. Außerdem spekulieren die SDI-Befürworter darauf, durch ein beschleunigtes Wettrüsten die Sowjetmacht zu ruinieren. Die Rüstungsausgaben sollten in den USA immer mehr steigen. Nun waren sie nach dem Ende des Kalten Krieges immer nur um 1,3 Prozent gestiegen statt wie früher um vier bis fünf Prozent.

Andrej Sacharow wurde von Richard Lourie eine große politische Biographie gewidmet; in Neuengland ist sie im letzten Jahr erschienen. Sie ist für den politisch interessierten Leser bewegend zu lesen. Man erkennt, wie Sacharow so gelitten hat wie Vaclav Havel in Prag. Sacharow war vielleicht neben Mahatma Gandhi und Nelson Mandela einer der größten Menschen des 20. Jahrhunderts. Er hat es nicht nur zu den höchsten Rängen einer Wissenschaftlerkarriere gebracht. Ihm wurde klar, dass die Gesellschaft der UdSSR in die Irre läuft, und er hat dies dann mit seinem fast naiven Freimut gesagt. Das Buch beschreibt, wie dieser Mann sich lieber in die Verbannung und die Haft, die Trennung von der geliebten Frau begab, als irgendeinen intellektuellen Kompromiss einzugehen.

1970 lernte Sacharow Valentin Tiurtschin kennen. Der Physiker und Sacharow hatten damals die Idee, sie könnten die eigene Führung überzeugen: dass der freie Informationsfluss für die Förderung der Wissenschaft und für die Förderung von Wirtschaft und Technologie eines Landes unerlässlich sei. Und dann kommt der einzige Satz, den die Führung damals nicht begriff und nicht begreifen durfte: „Demokratisierung war keine Ketzerei, sondern die Rettung.“

Wir erleben den langen Weg noch unter KGB-Chef Andropow mit. Sacharow schreibt das berühmte Memorandum. Prophetisch erklärt er damals schon: Das Hauptproblem der Sowjetunion sei nicht die USA, sondern China. Andropow berichtete damals dem ZK, Sacharow strebe ein Treffen mit den Führern der KPdSU an.

Man erlebt, wie jemand das Weltreich aus den Angeln hebt und zu früh stirbt. Was uns in der Rückschau neu ist: Die Behörden griffen damals zu den niederträchtigsten Mitteln, stachelten den Mob an. Mob reimt sich auch in der kommunistischen und internationalistischen Sowjetunion auf Antisemitismus. 1984 wurden Jelena Bonner und Sacharow an-

■ Richard Lourie,
Sacharow. Eine Biographie,
Luchterhand Verlag, München 2003, 637 Seiten.

gepöbelt: „Wir Frontkämpfer werden dir und deiner Jüdin Bonner zeigen, was es heißt, zum Krieg aufzurufen. Sie hat doch zu allem angestiftet. Konntest Du etwa keine russische Frau finden?“

Das Buch zeigt, wie wertvoll eine solche Figur, ein russischer Nelson Mandela in der Sowjetunion gewesen ist. Und wie eine solche Autorität fehlt. Auch und gerade gegen Putin und das neu errichtete Geheimdienstgebäude.

Es ist ein Jammer, dass diese beiden das Schicksal der Sowjetunion und Russlands nicht in die Hände nehmen konnten. Der eine, Michail Gorbatschow, wurde gestürzt und geächtet, der andere, Andrej Sacharow, starb zu früh. Als sie sich beide am 15. Januar 1988 bei einer Konferenz zum ersten Mal begegneten, sagte Sacharow: „Mit der Freiheit erhielt ich gleichzeitig ein Gefühl größerer Verantwortung. Freiheit und Verantwortung sind unteilbar.“

■ Anne Applebaum,
GULAG A History,
Doubleday, New York/London 2003, 677 Seiten.

Wie viel dem russischen Reich noch bevorsteht, wird aus der ersten umfassenden Untersuchung deutlich, die eine Wissenschaftlerin nach den großen literarischen Versuchen unternimmt, das GULAG-System aufzudröseln, in seine Bestandteile zu zerlegen und zu beschreiben. Der GULAG wurde schon kurz nach der bolschewistischen Oktoberrevolution eingerichtet. Am Ende des Jahres 1920 gab es bereits 107 Lager. Die Verbindungen zum Nazi-KZ-System liegen ebenso auf der Hand wie die Unterschiede. Die Zerstörung von Millionen von Menschenleben war die furchtbarste Ähnlichkeit. Der größte Unterschied lag in der Zielgruppe. Im Deutschland der NS-Zeit ging es um Juden und wenige andere (Romas, Sinti, Homosexuelle, Kommunisten). In der Sowjetunion wurden ganze Völker deportiert in das nördliche Sibirien, nach Perm, in das nördliche Kasachstan. Die Tschetschenen im Zweiten Weltkrieg wegen vorgeblicher Kollaboration mit den Deutschen, die Russlanddeutschen ebenso, die Krimtartaren, die Kulaken, Balten, Georgier, gebildete jüdische Ärzte und Intellektuelle. Durch die Sklavenarbeit in den Lagern wurden Industriewerke, ganze Städte und z.B. der Weißmeerkanal aus dem Boden gestampft.

Das letzte Lager in Perm wurde erst im Februar 1992 geschlossen. Eine Aufarbeitung oder gar Rehabilitation der Opfer hat noch gar nicht stattgefunden, geschweige denn so etwas wie ein innerstaatlicher

Lastenausgleich oder eine Entschädigung. Vor dem Ende des Kommunismus war die Debatte darüber verboten. Nun aber unter Boris Jelzin wie unter Ex-Geheimdienstoffizier Wladimir Putin gibt es wenig Grund und Neigung, das Thema zu berühren. Schließlich führt man mit einem der Völker, die vollständig unter zahllosen Todesopfern von Stalin deportiert wurden, den Tschetschenen, jetzt einen jahrelangen blutigen Krieg.

Der ganz neue Terror hat keine Moral mehr. In wie vielen Büchern, Essais, Episteln ist diese furchtbare Erkenntnis schon beschworen worden. Der mit den Fakten immer etwas locker umspringende französische Groß-Intellektuelle Bernard-Henri Lévy hat einen Versuch gemacht, den ich legitim finde. Er hat sich an die vielen Orte begeben, die mit dem Leben und Arbeiten des Journalisten Daniel Pearl von der *Washington Post* verbunden sind, der im Februar 2002 in Karachi ermordet wurde. Lévy begab sich auf die Spurensuche nach dem, was die Wut der Islamisten ausgemacht hatte, ausgerechnet diesen großen Freund der arabisch-islamischen Welt zu töten, der Jude von Herkunft war.

Lévy hat ein Buch geschrieben, dem man nur den Charakter des *faction* zuweisen kann. Im Fernsehen ist *faction* etwas, was auf der äußersten Kammspitze von einerseits Fiktion, also frei erfundener Erzählung, und andererseits Dokumentation, also authentisch abgebildeter Realität, stattfindet. Er hat die Menschen, die Angehörigen, Bekannten, Freunde, Gegner, Rivalen des Daniel Pearl besucht und sich an den Orten aufgehalten, an denen ihm aufgelauert wurde. An manchen Stellen ist es natürlich mehr ein Buch über Bernard-Henri Lévy als über Pearl. Aber es bleibt dennoch von überragendem Erkenntnisinteresse, das alles zu hören und zu lesen, was ihm ein wichtiger Zeitzuge über die Umstände einer bescheidenen Zeit zu sagen hat. Man möchte hoffen, das Buch mit dem lapidaren Titel *Qui a tué Daniel Pearl?* würde sehr schnell ins Deutsche übersetzt.

■ Bernard-Henri Lévy,
Qui a tué Daniel Pearl?,
Grasset, Paris 2003, 538 Seiten.

Das Manuskript wurde am 13. August 2003 abgeschlossen.